

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Regierungserklärung zur Bankenkrise

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in einer Regierungserklärung zu den Auswirkungen der weltweiten Bankenkrise auf die Finanzwirtschaft, auf die Wirtschaft im Allgemeinen sowie auf die Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern Stellung zu beziehen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die derzeitige Bankenkrise greift bereits jetzt tief in die Lebenswirklichkeit der Bürger unseres Landes ein. Sie beeinflusst die Wirtschaft bis weit in den Mittelstand hinein sowie die Finanzwirtschaft als solche. Eine fundierte und von Transparenz geprägte Informationspolitik wäre die Grundlage, um mittel- und langfristig wieder jenes Vertrauen herzustellen, das zur Stabilität der Volkswirtschaft notwendig ist.

Der Landesregierung kommt dabei die Pflicht zu, mit Kompetenz die Risiken zu beschreiben und Perspektiven darzustellen. Derzeit gewinnt man dagegen den Eindruck, als wenn sich die Öffentlichkeitsarbeit im Spannungsfeld zwischen Verschweigen und Verharmlosen der Ereignisse bewegen würde. Dieser Zustand könnte durch eine von genannten Ansprüchen getragene Regierungserklärung zu diesem wichtigen Thema beendet werden.